

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdner Adressen: Nachrichten Dresden  
Verlags- und Sammelnummer: 25 241  
Nur für Nachbestellungen: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1927 bei städt. zweimonatlicher Aufstellung mit Haus 1.50 Mk.  
Einzelnummer 10 Pfennig  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: Die einseitige 10 mm breite  
Zeile 5 Pfg., für auswärts 4 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne  
Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Reklamezeile 20 Pfg.,  
außerhalb 25 Pfg., Überschriften 30 Pfg., Ausw. Aufträge gegen Vorbestellung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Marienstraße 33/34  
Druck u. Verlag von Viehich & Reichardt in Dresden  
Boltzengasse 106/107 Dresden

Stadtdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdner Nachr. - wirtsch. Unterlage. Zeitungsdruck werden nicht aufbewahrt

Erstklassiges Restaurant  
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tea

## „Barberina“

Abends 8 Uhr: Das Parkett der  
Attraktionen aller Welt

Prager Straße / Reitbahnstraße

## Die neue Postgebührenvorlage.

### Bereinfachungen im Postbetrieb. - Keine Erhöhung der Rundfunkgebühren.

#### Das Urteil im Kölner Domela-Prozess. - Schwere Unwetter in Berlin und bei Halle. - Aufjendeballe im Unterhause.

#### Schäfers neue Gebührenvorlage.

Der Nutzen auf 208 Millionen jährlich geschätzt.  
Berlin, 11. Juli. Die Gebührenvorlage Schäfers baut sich auf den Beschlüssen des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrates auf. Im wesentlichen sollen folgende Erhöhungen vorgenommen werden: Der Fernbrief von 10 auf 15 Pfg., der Ortsbrief von 5 auf 8 Pfg. Hierdurch wird die Grundlage für alle weiteren Postgebühren gegeben. Warenproben, Druckfaden, Päckchen usw. werden im gleichen Verhältnis erhöht. Abrechnungen auf ganze Pfennige sind vorgesehen. Die Reichspost will gewisse Vereinfachungen ihres Betriebes durchführen. Hierbei ist a. B. an die Drahtdrückmaschinen gedacht. In Häusern, in denen Drahtdrückmaschinen eingerichtet sind, soll mit der Einlegung in die Kästen die Pflicht der Post erfüllt sein. Bisher bestand verschiederer Preis für Voll- und Teildruckfaden. Voll- und Teildruckfaden sollen von jetzt ab vereinigt werden. Der frühere Preis betrug 8 und 5 Pfg. Von nun an soll ein einheitlicher Preis von 5 Pfg. erhoben werden, mit der Ausnahme, daß Druckfaden in Form einfacher Karten 3 Pfg. kosten werden. Man erwartet dadurch für die Arbeiter der Post eine Erleichterung des Druckfadenverkehrs. Die Vorlage ist darauf zurückzuführen, daß nach den Reichstagsbeschlüssen der Verwaltungsrat der Reichspost noch einmal die finanzielle Lage des Unternehmens prüfte und an der Ueberzeugung kam, daß die Frage der Deckung des Selbsttrages nicht gelöst sei.

Die in der früheren Vorlage geplanten Ueberweisungsgebühren im Postcheckverkehr fallen fort. Aber das Porto für Briefe der Postcheckkunden an die Postcheckämter

wird auf 5 Pfg. festgesetzt. Für den Paketverkehr werden statt der bisherigen drei fünf Zonen geschaffen, wodurch sich für manche neu geschaffene Zwischenzone der Versand billiger stellt als bisher. So soll die Gebühr für ein 5-Kilogr.-Paket in der neu zu schaffenden zweiten Zone von 80 auf 60 Pfg. ermäßigt werden. Das Porto für das 1-Kilogr.-Päckchen soll von 30 auf 40 Pfg. erhöht werden. Eine Erhöhung der Rundfunkgebühren ist nicht vorgesehen. Das Postministerium hat die neuen Gebühren bereits am 1. August in Kraft setzen zu können geglaubt, mit Ausnahme der für Pakete und Zeitungen. Diese sollen erst am 1. Oktober in Kraft treten. Der finanzielle Nutzen der neuen Gebührenordnung wird auf 208 Millionen im Jahre und für den Rest des laufenden Jahres auf 139 Millionen geschätzt.

#### Kabinettsitzung am Montag.

Berlin, 11. Juli. Das Reichskabinett hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der es sich neben laufenden Angelegenheiten vorzugsweise mit dem Steuerrahmengesetz und dem Liquidationsschadengesetz befaßte. Am Dienstag wird das Kabinett wiederum eine Sitzung abhalten, in der es sich mit dem Schulgesetz in der zweiten Lesung befassen wird. Es ist anzunehmen, daß das Kabinett noch im Laufe dieser Woche den Entwurf fertig beraten und ihn sodann dem Reichsrat auflegen wird. Wenn in diesem Zusammenhange davon die Rede ist, daß so bald die Kabinettsberatungen über das Schulgesetz beendet sind, sein Inhalt der Öffentlichkeit übergeben werden würde, so ist darüber, wie wir an ausländischer Stelle hören, vorläufig noch kein Beschluß gefaßt.

#### Baldwins innere Politik.

Von Graf E. v. Jedtwich.  
Baldwin hat in mancher Hinsicht Ähnlichkeit mit Präsident Coolidge, nur daß er gesprächiger und fremden Einflüssen mehr zugänglich ist als dieser. Er besitzt viele Eigenschaften, die dem Durchschnittsengländer sympathisch sind. Sein hervorragender Redner, vermag er seinen Gedanken in seinen Reden doch leicht und oft glücklicherweise Ausdruck zu geben in einer Weise, die bei uns als Ausdruck gesunden Menschenverstandes gilt. Baldwin besitzt jedoch keine Initiative, Entschlossenheit und Willensstärke sind ihm fremd und er hat sich noch bei keinem Werk voll eingesetzt. Daher gibt es auch weder auf legislativem noch auf administrativem Gebiete eine Tat, die seinen Namen verewigt hätte.

Dies ist eine Charakteristik des englischen Premiers aus dem Munde Lloyd Georges, seines bedeutendsten Gegners. Derselben Lloyd George, der sein Land in Verfall in die gefährlichste Lage der neueren englischen Geschichte hineinsteuerte, der die Reparationen, d. h. die Hauptursache der englischen Arbeitslosigkeit, schuf, der als Ministerpräsident nicht wenig zur Verschärfung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit beitrug, und der schließlich verlagte, als die rote Woge dann drohend um Englands Küsten brandete und die Arbeiterpartei sich entschlossen den Weg zur Macht bahnte. Freilich hat auch diese verlagte. Wegen die Arbeitslosigkeit konnte Macdonald nichts ausdrücken, gegen die Kommunisten wollte er nichts unternehmen, und als die Nation, der schwächlichen außenpolitischen Führung müde und erschreckt von dem Anwachsen der Unabhängigen, endlich Neuwahlen erzwang, wurde die Arbeiterregierung hinweggefegt und die konservative Partei ans Staatsruder gerufen. Seit Baldwin das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, ist Lloyd George Führer der bürgerlichen Opposition und hat als solcher unbestreitbare Erfolge zu verzeichnen, die seine Vandalen die von ihm früher begangenen Fehler zum Teil vergessen ließen. Daß dies geschehen konnte, hat Lloyd George lediglich Baldwin und seinem Innenminister Hicks zu verdanken, die eben bei der Lösung ihrer Hauptaufgaben nicht allzu viel Geschicklichkeit zeigten.

Als Baldwin das Erbe Macdonalds antrat, stand das Land völlig unter dem Eindruck der kommunistischen Gefahr. Das verängstigte, erschrockene Volk sah überall nur „Vollsties“, die Furcht vor einer roten Revolution war allgemein und dementsprechend auch der Wunsch nach einer energischen, kraftvollen Politik der Regierung. Hatte sich diese damals an einem scharfen Vorgehen gegen die englischen Unabhängigen aufgerafft und zugleich die Beziehungen zu Moskau abgebrochen, so wären diese Maßnahmen von der gesamten Nation mit Freuden begrüßt worden. Die Regierung tat jedoch nichts dergleichen, sondern sorgte dafür, daß das Volk sich beruhigte und die Kommunistenangst so rasch wie möglich wieder verschwand. Später, als die Zahl der Arbeitslosen immer mehr zunahm und schließlich der Vergarbeiterstreik ausbrach, berief sich die Regierung wieder auf die kommunistische Gefahr, doch niemand glaubte noch an den „roten Schreck“, im Gegenteil konnten sich die Vergarbeiter nicht mit Unrecht darauf berufen, daß ein großer Teil des Volkes hinter ihnen und ihren Forderungen stehe. Dieser Streik hat dem Lande tiefe, vielleicht unheilbare Wunden geschlagen. Eine seiner Folgen war der ungeheure Fehlbetrag des Finanzjahres 1926/27, der „nur“ 94,7 Millionen Pfund Sterling betrug, weil der Schatzkanzler in den letzten sieben Wochen des alten Budgetjahres alle größeren Ausgabeposten auf das neue Finanzjahr vortragen ließ. Berücksichtigt man weiter, daß die Staatsausgaben in England viel rascher steigen als die Einnahmen, und die Kosten der China-Expedition auch noch nicht annähernd bekannt sind, so wird das Wort eines bekannten Londoner Finanzmannes verständlich, der seinem Lande für das laufende Rechnungsjahr ein Defizit von mindestens 50 Millionen Pfund Sterling prophezeite.

Es ist nur natürlich, daß weite Kreise des englischen Volkes - ob mit Recht oder nicht, bleibt dahingestellt - die Regierung für diese Dinge verantwortlich machten, ebenso für die fortgesetzte Verschlechterung der Handelsbilanz, für die Vorgänge in China und Ägypten, kurz für das Scheitern all der hochgespannten Hoffnungen, mit denen man das Kabinett Baldwin begrüßt hatte. Und die Opposition sorgte natürlich dafür, daß der Bevölkerung auch der geringste Fehler der Regierung nicht verborgen blieb. So gelang es der Opposition ohne allzu große Mühe, ihre Stellung auf

## Chamberlains Reichenschaft vor dem Unterhause.

#### Die englische Friedenspolitik.

London, 11. Juli. Die für heute festgesetzte Ansprache über auswärtige Politik wurde im Unterhause durch eine Rede des Arbeiterparteilers Ponsonby eingeleitet, der erklärte: Lo carnio scheint nicht zu einer endgültigen Erneuerung der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich geführt zu haben. Man muß im Gegenteil eine neue Periode gespannter Beziehungen befürchten. Die Opposition wünscht, den Standpunkt der Regierung zur Räumungsfrage kennen zu lernen. Ponsonby kritisierte weiter in abfälliger Weise die elegantenmännliche Diplomatie gegen Rußland. Er bemerkte außerdem, daß die vorbereitende Abrüstungskommission keine Öffnung auf Abrüstung und Frieden gäbe.

#### Chamberlain

erwiderte, es gebe in der auswärtigen Politik Großbritanniens kein Geheimnis und es bestähe keinerlei Verpflichtung noch Zusage, von denen das Unterhaus keine Kenntnis habe. Die Politik Großbritanniens sei, sich mit den ehemaligen Feinden auszusöhnen, jeden Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten unter den Nationen zu beseitigen und Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Das ist nicht allein die Politik Großbritanniens, sondern auch diejenige von Frankreich und Deutschland und, wie ich hoffe und glaube, diejenige aller beteiligten Regierungen.

Chamberlain warnte dann vor Mißtrauen über seine Versprechungen mit Rußland und betonte nochmals, daß die Regierung keine bindenden Versprechungen ohne Kenntnis und Zustimmung des Hauses eingeht. Wenn die Staatsmänner verschiedener Länder eine Uebereinkunft ihrer Ansichten über die Erhaltung des Friedens finden, so soll man bei ihnen keine niedrigen Intrigen suchen. Nichts hat mehr zur Katastrophe des Krieges beigetragen, als die damaligen Zwangsverpflichtungen der Deutschen, daß es notwendig sei, dafür zu sorgen, daß andere Regierungen Streitigkeiten miteinander hätten, und daß jede Beteiligung von Zwistigkeiten zwischen ihnen einen Schlag für Deutschland bedeute. Es ist traurig zu sehen, daß diese Zwangsverpflichtung, von der Deutschland heute befreit ist, in einem großen benachbarten Reiche sich festsetzen will.

#### Ueber die russische Frage

sagte Chamberlain: Keine Regierung in Europa steht unter dem falschen Eindruck, daß Großbritannien sich bemüht habe, einen antirussischen Block zu bilden. Deutschland, Frankreich, Italien und jeder Staat wissen, daß wir von Anfang an nicht versucht haben, sie in unsere Meinungsverschiedenheiten hineinzuziehen. Wir haben ihnen allen gesagt, sie brauchen keine Kritik oder Eifersucht von der britischen Regierung zu befürchten, wenn sie irgend etwas tun könnten, um ihre eigenen Beziehungen zu Rußland zu verbessern.

Er sei in Genf von Briand und Dr. Stresemann gebeten worden, die zur Vorkonferenz gehörenden Mächte und den Vertreter Deutschlands auf sein Zimmer einzuladen. Es sei selbstverständlich, daß er dieser Bitte stattgegeben habe. Er sei bei dieser Zusammenkunft ersucht worden, eine Erklärung über die Gründe abzugeben, die zum englisch-russischen Bruch geführt hätten und sich (wenn er wolle) darüber zu äußern, ob England beabsichtige, den Streit weiterzutreiben. Er habe den Anwesenden die Gründe mitgeteilt, die dem Hause wohl bekannt seien, nämlich, daß die Beziehungen abgebrochen wurden, weil sie derart mißbraucht worden seien, daß sie eine Gefahr für eine Garantie für den Frieden bildeten, daß England aber beabsichtige, die Fortsetzung des Handels zu ermöglichen, und daß England nicht wünsche, die Differenzen weiter auf die Spitze zu treiben. Nur eine einzige weitere Frage ist bei diesen Besprechungen noch erörtert worden, nämlich die Ernennung eines deutschen Bürgers in die Mandatskommission. Dr. Stresemann wünschte, die Lage zu kennen, bevor er sich darüber entscheidet, ob er einen formellen Antrag an den Völkerbundrat stellen sollte oder nicht.

Chamberlain gab eine Uebersicht über das, was bisher vom Völkerbundrat bei Schwierigkeiten zwischen einzelnen Nationen usw. geleistet wurde. Er drückte sein Vertrauen aus, daß der Völkerbund an Stärke und moralischen Einfluß zunehme. Es sei verfehrt, zu glauben, daß es die Aufgabe des Völkerbundes sei, sich sofort einzusetzen, sobald sich irgendwo eine Meinungsverschiedenheit zeige. Zunächst sei eine solche die Angelegenheit der beteiligten Regierungen. Der Völkerbund sei eine letzte Instanz, die besser als Krieg sei, so wie ein Gerichtshof besser sei als persönliche Gewaltanwendung.

#### Chamberlain kam dann auf die Dreimächtekonferenz

zu sprechen. Ich habe, sagte er, keineswegs die Hoffnung ausgegeben, daß die Versprechungen auf der Dreimächtekonferenz zu einer wesentlichen Verminderung der Rüstungskosten führen werden. Unsere Delegation ist mit einem wohlbedachten Plane dorthin gegangen. Seine Annahme würde in den kommenden Jahren für England allein eine Ersparnis von 50 Millionen Pfund Sterling ermöglichen.

Es ist undenkbar, daß wir in einen Rüstungswettbewerb mit den Vereinigten Staaten eintreten. Wir suchen nur den besonderen Schutz, den wir bei den geographischen Verhältnissen des Britischen Reiches brauchen. Wir haben nur Vorräte für drei Wochen und es würde eine Hungersnot entstehen, wenn unsere Seeverbindungen unterbrochen würden. Die ganze britische Außenpolitik gründet sich auf die Unterstützung des Völkerbundes und auf die Verfassung an den Völkerbund als letzte Instanz. Das Ziel unserer Politik ist die Sicherheit des Friedens für uns und die anderen. (Beifall bei den Konservativen.)